Vorbemerkung

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **29 (1937)**

Heft 1: **Richtlinien für eine neue Politik**

PDF erstellt am: **23.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

GEWERKSCHAFTLICHE
RUNDSCHAU
FÜR DIE SCHWEIZ

Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Beilage „Bildungsarbeit", Mitteilungsblatt der Schweiz. Arbeiterbildungszentrale

No. 1 Januar 1937 29. Jahrgang

Vorbemerkung.

Die Richtlinien haben schon eine Vorgeschichte hinter sich. Im Laufe des letzten Sommers kamen Vertreter des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, der Schweizerischen Bauernheimatbewegung, der Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände und des Schweizerischen Verbandes evangelischer Arbeiter und Angestellter zusammen, um die Frage zu besprechen, wie der unheilvollen Deflationspolitik und damit auch der Krise selbst ein Ende bereitet werden könne. Es wurde ein Programm der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik in knappen Umrissen entworfen, das als Grundlage für den weitern Kampf gegen die Deflation dienen sollte. Mitten in die Vorbereitungen fiel der Beschluss des Bundesrates auf Abwertung des Schweizer Frankens. Dadurch wurde indessen das Programm weder überflüssig noch sachlich überholt. Die Vertreter der genannten Verbände passten es den veränderten Verhältnissen nach der Abwertung an und veröffentlichten den Entwurf am 8. Oktober 1936 als « Richtlinien für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Sicherung der Demokratie ». Der Arbeitsausschuss, der die Richtlinien beschlossen hatte, nahm in Aussicht, weitere Kreise zur Mitarbeit einzuladen und deren Anregungen bei der endgültigen Formulierung der Richtlinien nach Möglichkeit zu berücksichtigen, freilich ohne deren Grundcharakter zu ändern.

Am 11. Oktober stimmt der Kongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes mit etwa 260 gegen 2 Stimmen den Richtlinien zu. Seither haben mehrere andere Organisationen, wirtschaftliche Verbände und politische Gruppen, ihre Zustimmung beschlossen oder in Aussicht gestellt. Von verschiedenen Seiten gingen Vorschläge auf textliche Aenderung der Richtlinien ein. Diese wurden einer eingehenden Prüfung unterzogen, was zu einer Ergänzung und Aenderung in einigen Punkten führte. Der definitive Wort-

laut ist inzwischen beschlossen und den in Frage kommenden Organisationen zugestellt worden mit dem Ersuchen um Stellungnahme. Wir veröffentlichen nachstehend den bereinigten Wortlaut:

Richtlinien für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Sicherung der Demokratie.

Schwere Gefahren bedrohen die Schweiz, Gefahren wirtschaftlicher und politischer Natur.

Seit fünf Jahren zermürbt eine wirtschaftliche Krise unser Land. Die bisherige Wirtschaftspolitik war ausserstande, ihr wirksam zu begegnen. Sie hat sogar wesentlich zur Verschärfung der Krise beigetragen. In den meisten andern Ländern entwickelt sich das Wirtschaftsleben schon seit einigen Jahren in aufsteigender Linie, in der Schweiz befand es sich dagegen fortwährend im Niedergang. Es ist heute kaum ein Zweifel mehr möglich, dass die bisherige Wirtschaftspolitik unser Land verhindert hat, den Anschluss an die aufsteigende Weltwirtschaft zu finden. Die Abwertung des Schweizerfrankens, zu der der Bundesrat nach vielen Jahren der Abbaupolitik gezwungen war, kann bei Fortsetzung dieses Wirtschaftskurses die wirtschaftlichen Gefahren noch vergrössern. Sie eröffnet aber Möglichkeiten einer aufsteigenden Wirtschaftsentwicklung wie noch nie seit 1929, wenn sofort eine zielbewusste Politik des wirtschaftlichen Wiederaufbaus einsetzt.

Nicht weniger gross sind die politischen Gefahren. Die Abbaupolitik hat die Behörden in Gegensatz gebracht zur Volksmehrheit, die von der Deflation nichts wissen will. Die Bundesbehörden haben jetzt eine seltene Gelegenheit, das geschwundene Vertrauen wiederzugewinnen.

Dazu kommt, dass Kräfte am Werk sind, um die politischen Gegensätze zu verschärfen, den Einfluss der extremsten Gruppen zu stärken und dadurch eine Verständigung der breiten Volksmassen zu verhindern. Auch daraus ergeben sich ernste Gefahren für unsere Demokratie.

Die Schweiz kann diese Gefahren nur überwinden durch eine Neuorientierung der gesamten Politik. Alle aufbauwilligen Kräfte